



Den Rektoren bleibt ein Strohalm

ÖVP ziert sich bei Zustimmung zu Schulreform

Volkspartei wünscht sich noch Änderungen

Als verantwortungslos bezeichnet Oliver Vitouch, Präsident der **Universitätenkonferenz**, die Hochschulpolitik der Regierung. Über mögliche Proteste wollen die Rektoren kommende Woche beraten.

Lisa Kogelnik

Wien – Oliver Vitouch ist frustriert. Noch Anfang des Jahres hat der Präsident der **Universitätenkonferenz** und Rektor der Universität Klagenfurt gehofft, dass nun endlich die Budgets der Hochschulen reformiert werden. Der Grund dafür: Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) hatte sich in seinem „Plan A“ für eine Studienplatzfinanzierung ausgesprochen. Jetzt, sechs Monate später, sei man wieder im „Deadlock“ zwischen SPÖ und ÖVP gefangen und die Reform wohl tot, sagt Vitouch. „Das ist schon besonders bitter.“

Im Zuge einer Studienplatzfinanzierung würden die Universitäten Geld pro Studienplatz bekommen. Der ehemalige Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) hat im ersten Halbjahr mit der Universitätenkonferenz ein Modell ausgearbeitet, wonach anstelle eines weitgehenden Globalbudgets die Budgetierung von Studienplätzen in den einzelnen Studienrichtungen sowie Zugangsbeschränkungen vorgesehen seien. Der Rücktritt Mitterlehners und der Neuwahlbeschluss haben die Umsetzung dieser Pläne aber mehr als fraglich gemacht.

Dabei drängt die Zeit. Die Vereinbarungen für den Gesamttrahnen des Uni-Budgets für die Jahre 2019 bis 2021 müssen noch dieses Jahr geschlossen werden. Nun sei bei einem Treffen mit allen



Bundeskanzler Christian Kern und Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (beide SPÖ) luden die **Rektoren der Universitäten** zum Gipfel ins Bundeskanzleramt. Freude kommt trotzdem nicht auf.

Rektoren ein „Strohalm“ besprochen worden, wie es Vitouch formuliert. Die geplante Erhöhung des Uni-Budgets um 1,35 Milliarden Euro auf elf Milliarden soll noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden. Fließen soll das Geld aber nur, wenn die kommende Regierung die Studienplatzfinanzierung auch beschließt.

Wenig Zeit für Umsetzung

Auch Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) kann sich eine solche Regelung vorstellen. Dass eine solche „Sunset-Clause“ tatsächlich kommt, hält Vitouch allerdings für fraglich. Aus Sicht des Rektors wäre es durchaus

möglich, die Reform noch im Juni zu beschließen. Natürlich könne es durch die kurze Zeit, die für die Umsetzung noch bleibt, dazu kommen, dass man Probleme mit dem Gesetzestext „im Nachgang“ reparieren müsse. Er verstehe, dass die SPÖ dies nicht wolle. Die ÖVP wiederum will das zusätzliche Geld für die Universitäten nicht beschließen, wenn die Studienplatzfinanzierung nicht auch beschlossen wird. „Ich verstehe beide“, sagt Vitouch. „Insgesamt führt das aber zu keiner produktiven Lösung.“

Noch am 12. Juni wollen die Universitäten deshalb über Proteste gegen die „politische Verantwortungslosigkeit“ beraten. Zu-

letzt hatte Vitouch damit gedroht, einzelne Studiengänge zu schließen, wenn die Finanzierung der Universitäten nicht planbar sei. Als einzelne Hochschule werde er das aber nicht tun, präzisierte der Rektor am Dienstag. Die größten Probleme bestünden anderswo, etwa in den Ballungsräumen.

Von beiden Seiten wird kolportiert, dass die Zustimmung der ÖVP für die Bildungsreform an die Zustimmung der SPÖ zur Studienplatzfinanzierung gekoppelt werden könnte. Offiziell heißt es dazu von der ÖVP nur, dass man Bildung „gesamthaft“ sehe, also vom Kindergarten bis zur Universität.

TV-Duelle zur Wahl Seite 24
Kommentar Seite 26

Wien – Eine Einigung gibt es eigentlich schon seit Donnerstag, trotzdem ist die Bildungsreform noch nicht beschlossen. Die ÖVP ziert sich. „Wir haben einige inhaltliche Änderungspunkte an das Bildungsministerium übermittelt“, sagte ein Sprecher von Wissenschaftsminister Harald Mahrer (ÖVP) zum STANDARD, ohne diese Punkte zu nennen. Auch im Vorfeld des für Mittwoch angesetzten Ministerrats gab es wieder Streit. Mahrer beklagte, die SPÖ habe die Tagesordnung nicht mit der ÖVP akkordiert.

Bereits im November 2015 präsentierten SPÖ und ÖVP eine Einigung für eine Bildungsreform. Jene Punkte, die eine Ausweitung der Schulautonomie betreffen, wurden im März in Gesetzesform gegossen. Beschlossen werden sollen unter anderem ein größerer Einfluss der Direktoren, die Abschaffung der Klassenschülerhöchstzahl und „Schulcluster“, zu denen sich einzelne Standorte zusammenschließen können.

Für den Beschluss braucht die Regierung die Stimmen der FPÖ oder der Grünen. Die Freiheitlichen werden wohl nicht zustimmen, geplante Gespräche seien abgesagt worden, sagte Bildungssprecher Wendelin Mölzer.

Die Grünen stünden „auf Abruf“ bereit, äußerte sich Bildungssprecher Harald Walser im Gespräch mit dem STANDARD. Die Einigung stehe bereits: 15 Prozent der Schulen Österreichs sollen in Modellregionen die Gesamtschule – eine gemeinsame Schule für Zehn- bis 14-Jährige – testen dürfen. Einen Gesetzesentwurf habe er dennoch nicht erhalten. Er vermutet, dass hier vor allem die Wiener ÖVP Bremse. (koli)

Oppositionelle Zweifel am freien Spiel der Kräfte

Wien – Der Zweifel am freien Spiel der Kräfte, das ja nun im Parlament gelten soll, scheint die Oppositionsparteien zu einen. Sonst gehen sie heute, Mittwoch, mit unterschiedlichen Anliegen in die Nationalratssitzung.

Die Freiheitlichen wollen den Modus testen, indem sie 59 Fristsetzungsanträge einbringen. Die Inhalte orientieren sich an blauen Kernthemen, wie Verschärfungen bei der Sicherheitspolitik oder eine Anpassung des Islamgesetzes. „Das freie Spiel der Kräfte, das bunte Parlament, ist wieder bloß ein Gag“, sagt der stellvertretende Klubobmann Walter Rosenkranz.

Für die Grünen hingegen steht die Bildungsreform ganz oben auf der Agenda. Ginge es nach dem grünen Klubobmann Albert Steinhauser, könnte man die Bildungsreform gleich im Plenum einbringen. Man sei bereits am Ziel angelangt, zeigt sich der Klubobmann optimistisch. Weiters sprechen sich die Grünen für die Durchsetzung des Mindestlohns aus.

Eine „Totalreform“ der Gewerbeordnung ist für die Neos entscheidend. Sie fordern etwa eine Senkung der Zahl der reglementierten Gewerbe. (mte, au)

Was Sebastian Kurz für sein Programm lernen will

Schikanen, Steuerlast und der Klo-Umbau: Der ÖVP-Chef lauscht den Sorgen der Kleinunternehmer

Gerald John

Obersdorf – Der Schurl-Wirt ist angespeist. Mit viel Liebe hat er sein Gasthaus renoviert, „und es schaut wirklich gut aus“. Doch dann habe ein Lebensmittelinspektor beanstandet, was ihm niemand vorher gesagt habe: Das Klo brauche einen Vorraum. „Als Wirt will ich den Leuten was zu trinken geben“, sagt er, „nicht viele Stunden die Woche Aktln studieren.“

Der Mann, den das zu interessieren hat, ist immer noch so adjustiert, als besuchte er einen diplo-

matischen Empfang. Doch statt mit Außenministerkollegen sitzt Sebastian Kurz in einer Tischlerei mit einem Bäcker, einem Fahrtschulleiter, einem Autohändler und anderen lokalen Unternehmern im Kreis. In Obersdorf, eine halbe Autostunde nördlich von Wien, startet der ÖVP-Chef seine „Österreich-Gespräche“: Bis in den September hinein will er durchs Land tingeln, um Klagen und Anregungen von Menschen „aus der Praxis“ zu lauschen. Die gewonnenen Erkenntnisse, sagt Kurz, sollen ins Wahlprogramm einfließen.



Mit Anzug in der Werkhalle: Kurz hat „Österreich-Gespräche“ gestartet – Antworten auf inhaltliche Fragen müssen noch warten.

Foto: APA / Georg Hochmuth

Von Arbeitsinspektoren, die statt Augenmaß einen Hang zu Schikanen bewiesen, erzählt Tischlerei-Chef Franz Helmer und wünscht sich bessere Anreize für die Lehrlingsausbildung. Das perfekte Stichwort fällt jedoch beim eiligen, von Kamerateams eskortierten Rundgang durch die Werkhalle. Nicht nur wegen der Flüchtlinge müsse sich etwas ändern, sagt der beim Bruder angestellte Georg Helmer: „Es muss etwas getan werden, damit den Arbeitern am Monatsende ein bissl mehr bleibt. Zuviel ist es derzeit nicht.“

Nur in Belgien sei die Differenz zwischen Brutto- und Nettogehalt noch größer, knüpft Kurz an und wiederholt sein erstes großes Wahlversprechen: Von 43 auf 40 Prozent der Wirtschaftsleistung will er die Steuerquote senken, und das in der nächsten, fünf Jahre dauernden Legislaturperiode.

Wo die dafür nötigen zwölf bis 14 Milliarden Euro eingespart werden sollen? Da bittet Kurz um Geduld bis längstens Anfang September, wenn sein Konzept fertig sein soll. Vorerst beschränkt er sich auf Grundsätzliches: Die „Zuwanderung ins Sozialsystem“ müsse ebenso gebannt werden

wie der Wildwuchs an Subventionen – diverse Konzepte würden da ein Sparpotenzial von bis zu vier Milliarden ausweisen.

Dafür müsste Kurz die zuletzt ausgeschüttete Summe in etwa halbieren: Laut Wirtschaftsforschungsinstitut gab Österreich im Vorjahr 7,46 Milliarden für Förderungen aus – um 1,5 Milliarden weniger als 2015. Wer aus der Vergangenheit deutlich höhere Zahlen im Kopf hat: Mittlerweile werden die Ausgaben für Spitäler und die ÖBB zum Großteil nicht mehr als Subvention gerechnet.

Mit 2,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt Österreich in der EU damit an achter Stelle (Daten von 2015). Die Wirksamkeit der Förderungen werde nur mangelhaft überprüft, sagt Wifo-Experte Pitlik, das System sei undurchsichtig, auch für mögliche Empfänger. Wer über Know-how und Kontakte verfüge, „kommt leichter zu Subventionen.“

Einsparpotenzial beziffert Pitlik keines, dafür gibt sich Kurz umso ambitionierter. Das Problem beginne bei der „Denke“, sagt er bei der Tischlerei Helmer: „Die Österreicher sind darauf konditioniert, dass fast alles gefördert wird.“